



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein

Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Heinrich-Heine-Straße 3-5 · 15831 Mahlow

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Dienstag & Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

INFO 34

Mahlow, im Mai 2004

Menschenkette am Vorabend des Planfeststellungsbeschlusses

“Stoppt das Großflughafenobjekt BBI in Schönefeld - Gegen weitere Millionenpleiten”

Wann	: 20.06.2004
Treffpunkt:	11:00 Uhr
Wo	: gegenüber S-Bahnhof Schönefeld, vor dem Infozentrum BBI
Was	: Ansprachen: Ferdi Breidbach (BVBB), Herbert Burmeister (Schutzgemeinschaft)
Weiter	: anschließend Menschenkette in Richtung Osten und Westen auf der B96

So etwas hat Deutschland noch nicht erlebt! Tausende werden gegen Schönefeld klagen!

Der Beweis des Widerstandes von insgesamt 258.000 Einwendungen, welche 135.000 vom geplanten Großflughafen betroffene Bürger in zwei Anhörungsverfahren gegen die Großmannsucht von Wowereit (SPD), Stolpe (SPD), Platzeck (SPD), Schönbohm (CDU) und Wolf (PDS) vorgebracht haben, reicht den durchsetzungswütigen Politikern noch immer nicht. Jetzt provozieren sie mit ihren sachlich unsinnigen und für mehr als 140.000 Menschen gefährlichen Plänen auch noch die größte Klage, die je vor einem deutschen Gericht geführt wurde. Rekord waren nach Informationen des BVBB bisher knapp unter 5.000 Kläger, die ein Gericht beschäftigt haben. Dieser Klägerrekord ist schon heute durch Schönefeldbetroffene weit überboten.

Der Vorstand des BVBB wird mit der Verkündung des Planfeststellungsbeschlusses, den die Landesregierung zum 21.06.2004 geplant hat, die bis dahin bei ihm eingegangene Zahl der Klagewilligen veröffentlichen. Dann wird diese Blamage für die Brandenburger-Berliner Parteien das Ansehen ihrer Länder in der ganzen Republik weiter in den Keller fahren.

Niemand kann verstehen, wie Politiker ein derart sinnloses Projekt wütig durchsetzen wollen, gegen das diese ungeheure Zahl von Bürgern klagt. Wie sie den Bürgern und den sie aushaltenden anderen Bundesländern erklären wollen, wo sie mit ihren Pleitehaushalten die Milliarden hernehmen und ungeachtet dessen weiter die großen Schuldenbarone spielen wollen, wird ihr unerfindliches Geheimnis bleiben. Vielleicht geht's denn weiter nach dem politischen Programm: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's gänzlich ungeniert!

Die organisatorischen Vorbereitungen zur Einbringung der Klagen laufen bereits auf Hochtouren. Die Rechtsanwaltskanzleien Baumann (Würzburg) für die klagewilligen Mitglieder des BVBB und die Kanzlei Grawert Schöning & Partner (Berlin) für die klagewilligen Nichtmitglieder bereiten die Klagen vor. 20 Experten des BVBB, Ingenieure aller Fachrichtungen, Biologen, Chemiker, Physiker, Computerexperten und Sachverständige arbeiten den Kanzleien und Sachverständigen zu. Auch unter Berufung auf diesen versammelten Fachverstand ist der BVBB zuversichtlich, dass er vor dem Bundesverwaltungsgericht über die Vielzahl von Klägern die durchsetzungswütigen Politiker stoppen kann.

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

Weitere Kläger herzlich willkommen!

Wer sich vor Lärmterror, Katastrophengefahr, Eigentumsverlust durch Entwertung von Haus und Grundstück, die Zerstörung von Naturschutz und Erholungsgebieten und die Vernichtung seiner Lebensqualität zur Wehr setzen will, muss gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Neubau von Schönefeld klagen!

Niemand kann sich darauf verlassen, dass er durch die Klage seines Nachbarn oder seiner Gemeinde geschützt ist.

Wenn das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wider Erwarten die Baugenehmigung erteilt und als Auflage Entschädigungen für die Kläger festlegt und die Betreiber des Flughafens (Berlin, Brandenburg und Bund) auf Schutzmassnahmen verpflichtet, dann haben nur Kläger einen Anspruch.

Wer nicht geklagt hat, muss alle Folgen des Großflughafens entschädigungslos hinnehmen.

Darum spekulieren Wowereit (SPD), Platzeck (SPD), Wolf (PDS) und Schönbohm (CDU), Steffel (CDU) und ihre Hilfstruppen, die politischen Parteien SPD, CDU, PDS, Grüne und FDP, ihre Abgeordneten in Potsdam und Berlin auf wehrlose Bürger. Sie spekulieren schäbig darauf, dass den Milliarden, die sie nicht haben aber durch immer neue Schulden für den Flughafenbau beschaffen wollen, keinesfalls Entschädigungen in Milliardenhöhe an die betroffenen Bürger folgen. Ihnen können die Bürger einen Strich durch ihre rücksichtslose politische Rechnung machen.

Darum klagen Sie, wenn Sie in der geplanten Einflugschneise wohnen! Schließen Sie sich den schon Tausenden klagewilligen Mitgliedern des BVBB und den Nichtmitgliedern an. Füllen Sie den Erhebungsbogen auf der letzten Seite dieser INFO 34 aus und senden Sie diesen per Post oder Fax an den BVBB.

Organisatorisch können unsere Anwaltskanzleien vorerst nur für Klagewillige die Klage vorbereiten, deren Anträge bis zum 15.06.04 eingegangen sind. Mit dem Planfeststellungsbeschluss, den wir zum 21.06.04 erwarten, läuft eine Frist, die festlegt, dass nur die Kläger berücksichtigt werden, die innerhalb von 4 Wochen ihre Klage eingereicht haben.

Wer kann das bezahlen?

Dem BVBB und seinen ehrenamtliche Mitarbeitern wird immer wieder die berechtigte Frage gestellt: Kann ich mir die Kosten einer Klage leisten oder muss ich Opfer durchsetzungswütiger Politiker sein? Bin ich wehrlos gegen Entscheidungen, zu denen ich niemals gefragt wurde und die kein Politiker vor mir verantworten will?

Unsere Antwort: Niemand kann ehrlich sagen, was dem einzelnen Kläger das Klageverfahren am Ende auf Heller und Pfennig kostet. Zu viele Faktoren bestimmen die Kosten bei der Größe und von der Rechtsmaterie sicher umfangreichen und schwierigen Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht. Darum zur Orientierung Ihrer Entscheidung folgende Informationen:

1. Wenn die Kläger gewinnen und das Bundesverwaltungsgericht entscheidet, dass der Flughafen nicht gebaut wird, entstehen für den einzelnen Kläger praktisch keine oder nur geringste Kosten.
2. Wenn das Gericht für die Baugenehmigung entscheidet und sicher dann mit einer Vielzahl von Auflagen zum Schutz der Betroffenen bestätigt, dann legt es seine Kostenteilung für alle am Verfahren Beteiligten (z. B. Gemeinden, Einzelkläger, andere Träger sog. Öffentlicher Belange und dem Land Brandenburg) fest. Die Kläger müssen dann wie alle Beteiligten die Kosten tragen, die das Gericht ihnen anteilmäßig auferlegt.
3. Der einzelne Kläger trägt somit grundsätzlich, je nach Ausgang des Verfahrens, den Kostenanteil der sich für ihn aus der Gesamtklägerzahl und den Kosten der anderen Beteiligten errechnet. Dabei ist auch sicher, dass je größer die Anzahl der Kläger ist, desto geringer die Kosten für den einzelnen Kläger sein werden.
4. Der BVBB unternimmt durch organisatorische Maßnahmen und Begleitung des Verfahrens durch seine ehrenamtlich tätigen Mitglieder und Experten alles, um die Kosten überschaubar und kontrollierbar zu machen. Darum habe wir ein Kostenmodell entwickelt, dass das Risiko zur Prüfung ihrer Klagefähigkeit für klagewillige Nichtmitglieder auf 35,00 Euro beschränkt. Unsere Mitglieder haben schon seit Jahren durch Beiträge und Spenden vorgesorgt. Darum wird ihr erstes Kostenrisiko für die Überprüfung ihrer Klagefähigkeit auf 20,00 Euro beschränkt. Ob sie noch ein weiteres, wenn dann geringes Kostenrisiko haben, kann im derzeitigen Stadium auch noch niemand mit Sicherheit sagen.
5. Vor Einreichung der Klage werden die Anwaltskanzleien allen Klagewilligen mitteilen wie hoch ihr kalkulatorisches Kostenrisiko ist, wenn ihre Klage eingereicht würde.

Erst in Kenntnis dieses Risikos können Klagewillige dann die Anwälte bevollmächtigen, die Klage einzureichen. Natürlich können sie dann auch ohne weitere Kosten auf eine Klage verzichten, wenn sie die Kosten einer Klage nicht aufbringen wollen oder können.

Das Risiko beträgt darum zunächst 35,00 Euro bzw. 20,00 Euro für die Überprüfung einer individuellen Klagefähigkeit. Diesem geringen Kostenrisiko und den möglichen weiteren Kosten stehen allerdings die Folgen des Großflughafens gegenüber.

Was können die Betroffenen von ihrer Gemeinde erwarten?

Immer wieder hört der BVBB aus Gemeinden, dass sie aufgrund ihrer finanziellen Situation nur begrenzte Mittel zur Abwehr des Flughafens haben. Vor dem Hintergrund der Praxis ihrer politischen Vorreiter in der Landesregierung von Brandenburg und im Senat von Berlin können weder die Mitglieder des BVBB noch die betroffenen Bürger diejenigen Gemeindevertreter verstehen, die auch als selbst Betroffene "päpstlicher handeln wollen als der Papst."

Hat man sich denn noch niemals gefragt, wie die verantwortlichen Politiker in ihren Landesregierungen und Parlamenten ihre Pleitehaushalte rücksichtslos gegen das Schicksal ihrer Gemeinden und ihrer Bürger einsetzen? Denn die sind überhaupt nicht zögerlich bei der Durchsetzung ihres politischen Willens, fragen nicht nach Verschuldung und Haushaltsrecht. Wollen die Gemeindevertreter etwa den Flughafen in Kauf nehmen und dann mit weniger verschuldeten Haushalten die Folgen tragen? Nein: sie haben, auch ohne Rücksicht auf ihren Haushalt das gleiche Recht, Schaden von sich und ihren Bürgern abzuwenden, wie Platzeck, Wowereit und Co. das Recht für sich beanspruchen, gegen ihren Willen die Landeshaushalte zu plündern. Es kann doch nicht sein, dass man sich vor seine Bürger stellen will, um zu sagen: den Flughafen haben wir nicht verhindern können, aber dafür haben wir auch wenig Schulden.

Es kann auch nicht sein, dass sich die Mitglieder des BVBB und alle Kläger u. U. mutig zur Abwehr des Flughafens verschulden, auf Urlaub oder neue Kleidung für ihre Kinder verzichten, weil ihnen die Gemeinden eine optimale Unterstützung verweigern, sich nichts einfallen lassen, um ihre klagenden Bürger zu unterstützen. Was wäre daran gefährlich, wenn Berlin und Brandenburg wegen ihrer Durchsetzungswut Gemeinden verwalten müssten, die in Folge ihrer Flughafenpolitik keine genehmigungsfähigen Haushalte mehr hätten? Dann hätten diejenigen den Salat, den sie sich selber zuschreiben müssten, einen Flughafen und die Verwaltung von Gemeinden die sie selber kaputt gemacht haben.

Darum rufen wir: Nur Mut, Ihr Gemeindevertreter! Schützt Eure Bürger und nicht haushaltsrechtliche Vorschriften, an die sich Eure Vorarbeiter in der Landesregierung sowieso nicht halten! Gemeinsam müssen wir es schaffen, die Bürger mit ihrem Geld und der Unterstützung der Gemeinden.

Nur so wird wahr, was wir gemeinsam wollen:

Schönefeld - NEIN!

Warum wir Schönefeld nicht wollen - Warum Schönefeld Berlin und Brandenburg endgültig Pleite machen - Warum die Parteien versagen! Müssen wir uns unfähige Parteien weiter bieten lassen?

Das Bürgerbündnis rettet Brandenburg (BBrB), Mitglied in der Allianz unabhängiger Bürger-Brandenburg (AUB), lädt alle Bürger zu einer Protestveranstaltung am 9.6.2004 um 19:00 Uhr in den Gasthof "Zur Eiche", Blankenfelde, Dorfstraße 25 ein.

Es werden sprechen: Dr. Franz Rudolf, Landtagskandidat der AUB, Bernd Gimbot, BBrB und der Vorsitzende des BVBB, Ferdi Breidbach

Sie erreichen "Die Eiche" am Ortsende von Blankenfelde vor der Ampel in Richtung Diedersdorf / Großbeeren, links vor der Kirche in die Dorfstraße)

Haben Sie noch Fragen?

Schreiben Sie uns: BVBB-Zentrale, Heinrich-Heine-Str. 3-5, 15831 Mahlow, senden Sie uns ein Fax: 03379-201435 oder eine Email: zentrale@bvbb-ev.de. Rufen Sie uns an: Dienstag und Donnerstag zwischen 15:00 Uhr und 18:00 Uhr unter: 03379-201434

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

Bitte seitlich abtrennen, ausfüllen und an den Bürgerverein Brandenburg Berlin (BVBB), Heinrich-Heine-Str. 3-5, 15831 Mahlow senden.
Wir bitten um gleichzeitige Überweisung der 35 EUR Gebühr für die Überprüfung der individuellen Klagefähigkeit auf das
Konto: 2103310945 bei der Sparkasse Dahme-Spreewald, BLZ 16050888

Ich möchte gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Neu-/Ausbau von Schönefeld zum Großflughafen klagen.

Name _____ Vorname _____ Geburtsdatum _____

Straße/Haus-Nr. _____ PLZ _____ Ort _____

E-Mail-Adresse _____ Tel.-Nr. _____ Fax-Nr. _____

Anzahl der im Hause lebenden Personen:	<input checked="" type="checkbox"/> Bitte ankreuzen
Stimmt Adresse mit Klageobjekt überein? Wenn nein , dann Klageobjektadresse angeben.	<input type="radio"/> JA <input type="radio"/> NEIN
Sind Sie Eigentümer des Objektes? Wenn nein , Pächter oder Mieter?	<input type="radio"/> JA <input type="radio"/> NEIN
Baujahr des Objektes vor 1996? Wenn nein , in welchem Jahr wurde Baugenehmigung beantragt? _____	<input type="radio"/> JA <input type="radio"/> NEIN
Wollen Sie gegebenenfalls eine Klage auf Erstattung von Schutzmaßnahmen einreichen?	<input type="radio"/> JA <input type="radio"/> NEIN
Wollen Sie gegebenenfalls eine Klage auf Erstattung des Grundstückswertverlustes einreichen?	<input type="radio"/> JA <input type="radio"/> NEIN
Haben Sie eine Einwendung bei der Auslegung der Planungsunterlagen im Jahre 2001 gemacht? Fügen Sie eine Kopie dieser Einwendung bei!	<input type="radio"/> JA <input type="radio"/> NEIN
Haben Sie bei der Anhörung gesprochen ? Wenn bekannt, wann? _____	<input type="radio"/> JA <input type="radio"/> NEIN
Haben Sie eine Einwendung bei der sogenannten Standortalternativprüfung im Jahre 2003 gemacht?	<input type="radio"/> JA <input type="radio"/> NEIN

Datum _____ Unterschrift _____

Der BVBB und seine Rechtsvertreter werden die Daten ausschließlich für die Prüfung und Vorbereitung einer Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht nutzen und vernichten, wenn eine Klage nicht erwünscht oder möglich ist. Diese Daten werden Dritten nicht überlassen und mit der vom Datenschutzgesetz vorgeschriebenen Sorgfalt behandelt.

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**